

Alltagsrassismus in Potsdam



**»Viele trauen
sich nicht,
die Dinge
anzusprechen.«**



IMPRESSUM

Herausgeberin

Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000

Telefax: 0331 8170001

Email: info@opferperspektive.de

Internet: www.opferperspektive.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Dagi Knellessen, Johanna Kretschmann, Stephan Martin

Registergericht: Amtsgericht Potsdam

Registernummer VR 2045

Redaktion: Ulrike Imhof & Tobias Pieper

IMPRESSUM

Herausgeberin

Opferperspektive e.V.



Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

Telefon: 0331 8170000

Telefax: 0331 8170001

Email: info@opferperspektive.de

Internet: www.opferperspektive.de

Vertretungsberechtigter Vorstand:

Dagi Knellessen, Johanna Kretschmann, Stephan Martin

Registergericht: Amtsgericht Potsdam

Registernummer VR 2045

Redaktion: Ulrike Imhof & Tobias Pieper

Interviews: Christoph Schulze

Lektorat: koll_edit

Gestaltung: Rebecca Forner

Druck: Hinkelstein Druck

Die Herausgabe wurde gefördert durch die Landeshauptstadt Potsdam, die Friedrich-Ebert-Stiftung Brandenburg und die Rosa-Luxemburg-Stiftung Brandenburg.



Für den Inhalt dieser Broschüre ist die Opferperspektive e.V. verantwortlich.

Copyright: <http://creativecommons.org/licenses/by-nc/3.0/deed.de>

EDITORIAL

»An sich ist Potsdam wirklich eine schöne Stadt und ich bin glücklich hier. Ich versuche, mich ganz normal zu bewegen. In 20 Jahren kann man sich an vieles gewöhnen. Zum Alltag gehört es aber dazu, ab und an rassistisch beschimpft zu werden.«

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

Diese Broschüre, die Sie nun in den Händen halten, ist eine Neuauflage der 2009 unter dem Titel »Eigentlich fühle ich mich wohl hier« erschienenen Publikation über Alltagsrassismus in Potsdam. Vier Jahre später haben wir erneut Potsdamerinnen und Potsdamer interviewt, die Ausgrenzung und Diskriminierung aufgrund ihrer Hautfarbe, ihrer Sprache oder ihrer Herkunft erlebt haben. Viele von ihnen leben gern in dieser Stadt und fühlen sich als PotsdamerInnen – eigentlich. Ihr Alltag aber ist immer wieder von rassistischen Vorurteilen, Handlungen und Anfeindungen bestimmt. Die hier geschilderten Erfahrungen der Betroffenen stehen exemplarisch für die Vielschichtigkeit von rassistischer Diskriminierung. Die damit verbundene Ausgrenzung betrifft Frauen wie Männer gleichermaßen, auch wenn wir leider nur eine Frau für ein Interview gewinnen konnten. Von dem Erlebten zu berichten und die damit verbundenen Gefühle und Ängste zum Ausdruck zu bringen, ist ein Schritt, der vielen Betroffenen nicht leicht fällt. Umso mehr gilt unser Dank den Menschen, die bereit waren, ihre Erfahrungen mit uns zu teilen.

Mit dieser Broschüre wollen wir sichtbar machen, wie Rassismus und Diskriminierung auf die Betroffenen wirken. Die Einblicke sollen den Betroffenen Mut machen, sich gegen Diskriminierung zu wehren und ein Appell an uns alle sein, sie darin zu unterstützen. Wir wünschen uns, dass die Perspektiven der Betroffenen helfen, der Vision einer offenen Stadtgesellschaft in Potsdam einen Schritt näher zu kommen. Gegen Diskriminierung ist ein gemeinsames Vorgehen von Parteien, Verbänden, MigrantInnenvertretungen, antifaschistischen Gruppen, Einzelpersonen und der Stadtverwaltung notwendig. Es liegt an uns, etwas dazu beizutragen.

Wir danken der Landeshauptstadt Potsdam und im Besonderen Frau Dr. Löbel für die finanzielle Unterstützung. Unser Dank gilt ebenso der *Friedrich-Ebert-Stiftung Potsdam* und der *Rosa-Luxemburg-Stiftung Potsdam*.

Opferperspektive e.V.

Um die Authentizität der Schilderungen zu erhalten, wurden die folgenden Interviews nur leicht redaktionell bearbeitet.

VORWORT

Wir müssen alles dafür tun, dass sich alle Menschen in unserer Stadt in Sicherheit und zu Hause fühlen.

Vor einiger Zeit erreichte mich ein Anruf: Eine Familie mit Kindern nichtweißer Hautfarbe stand kurz vor dem Umzug aus einem westlichen Bundesland nach Potsdam und suchte mit mir das Gespräch. Die Eltern machten sich Gedanken, was sie in der Zukunft für die Sicherheit ihrer Kinder auf dem Schulweg und im Alltag tun können.

Das Gespräch hat mich nachdenklich gemacht: Sollte man in Potsdam im Jahre 2012 als nichtweiße Person Angst haben müssen? Gibt es Gebiete in Potsdam, die Menschen mit nichtweißer Hautfarbe meiden sollten? Über diese Fragen haben wir uns in Potsdam mit Betroffenen schon öfter ausgetauscht. Ich kann mich sehr gut an die Worte einer Potsdamerin mit Wurzeln in Togo erinnern: »Ich meide keine einzige Ecke!« Ich denke, diese Antwort ist die richtige Antwort. Die ganze Stadt, die Stadtgesellschaft und die Verwaltung, müssen alles dafür tun, dass sich in unserer Stadt alle Menschen in Sicherheit und zu Hause fühlen, unabhängig von ihrer Herkunft, ihrer Lebensweise, ihrer Glaubensausübung und ihrer sozialen Stellung.

Wir leben im 21. Jahrhundert, mitten in Europa, in der wunderbaren Stadt Potsdam,

- in einer Stadt der Kultur, der Medien und der Wissenschaft;
- in einer wachsenden Stadt, in der über 157.000 Menschen ihre Heimat gefunden haben;
- in einer Stadt, in der die Stadtpolitik und die Kräfte der Zivilgesellschaft seit 2002 gemeinsam, gut vernetzt im Bündnis »Potsdam bekennt Farbe« für Toleranz und Demokratie, gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit agieren;

- in einer Stadt, wo die Einwohnerinnen und Einwohner im Jahre 2008 in Rahmen eines achtmonatigen Stadtgesprächs das historische Edikt von Potsdam (1685) aktualisiert haben;
- in einer Stadt, wo die Stadtverwaltung und zahlreiche Unternehmen der »Charta der Vielfalt« beigetreten sind und sich dadurch zu Fairness und Wertschätzung in Unternehmen verpflichtet haben;
- in einer Stadt, wo der Inklusionsprozess der Zugewanderten konzeptionell seit 2008 durch das Integrationskonzept der Landeshauptstadt bzw. durch dessen Fortschreibung begleitet wird ...

... und trotzdem gibt es immer wieder Momente, in denen rassistisches Verhalten zum Vorschein kommt, in denen Alltagsrassismus fast als Normalität betrachtet wird oder in denen Rechtsextreme versuchen zu agieren.

Der Verein Opferperspektive leistet eine wichtige Arbeit in Potsdam: er berät Opfer rechter Gewalt und bietet Antidiskriminierungsberatung an. Der Verein arbeitet in den Netzwerken für Demokratie und gegen Rechtsextremismus mit. Die Opferperspektive beobachtet die Entwicklung von Fällen rassistischer Gewalttaten in Potsdam und im Land Brandenburg und steht den Betroffenen zur Seite. Weiterhin betreibt der Verein eine aktive Öffentlichkeitsarbeit, zu der auch die Erstellung dieser zweiten Broschüre zum Thema Alltagsrassismus in Potsdam gehört.

Ich danke dem Verein, dass er in der beiliegenden Broschüre Potsdamerinnen und Potsdamer mit ihren Diskriminierungserfahrungen zu Wort kommen lässt. Ich bin mir sicher, das Kennenlernen von persönlichen Erlebnissen in unserer Nachbarschaft wird den Leserinnen und Lesern Motivation und Mut geben, gegen Diskriminierung handeln zu wollen.

Ich bedanke mich bei den AutorInnen der Broschüre für die Erstellung dieser Publikation. Gleichzeitig danke ich dem Verein Opferperspektive für seine langjährige engagierte Arbeit.

Magdolna Grasnick

Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam

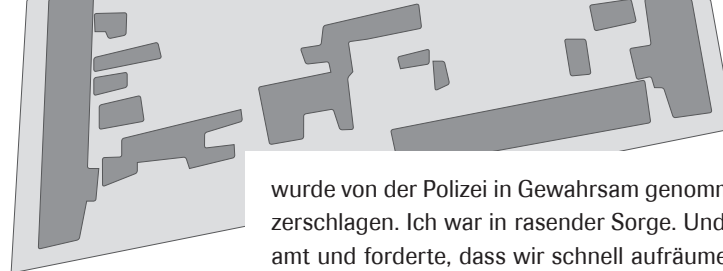


»AN SICH IST POTSDAM EINE SCHÖNE STADT«

Herr O., 27 Jahre alt, ist Mitarbeiter eines Dönerimbisses in der Potsdamer Innenstadt. Geboren wurde er in der Türkei. 1992 kam er mit seiner Familie nach Deutschland. Immer wieder erlebt er rassistische Anfeindungen während der Arbeit.

Potsdam hat sich stark verändert, seit ich hier angekommen bin. Das fängt mit der Stadt und den Häusern selber an, aber auch die Sicherheitslage. Es ist besser geworden. Anfang der 1990er-Jahre, da waren viele Skinheads unterwegs. Wenn die zum Beispiel in den Bus einstiegen, musste ich als Schulkind aufstehen und Platz machen, sonst wurde ich verprügelt. Meine Tante wurde von Rechten sogar mit einem Auto, einem Trabbi, angefahren und ziemlich schwer am Bein verletzt. In der Zeitung gab es hinterher keine Meldung darüber, alle schwiegen. Es waren harte Jahre.

Solche Dinge kommen mittlerweile viel seltener vor. Aber sie passieren. Zum Herrentag vor einigen Jahren zog eine große Gruppe von Männern an unserem Imbiss vorbei. Ein paar von denen waren aggressiv, stießen Stühle um, traten gegen die Pflanzen. Offenbar wollten die nicht nur Spaß, sondern sie waren betrunken, hatten vielleicht auch Kokain genommen, wollten Ärger machen. Als mein Bruder einschritt, wurde er angegriffen. »Scheiß Ausländer« wurde gerufen und auch einige Gäste wurden beschimpft, warum sie bei den »Kanacken« essen gehen würden und nicht in einem deutschen Restaurant. Wir riefen mit dem Telefon die Polizei. Bis dahin entwickelte sich eine richtige Schlägerei. Mein Vater wurde verletzt und auch ich bekam einen Bierkrug auf den Kopf geschlagen. Ich hatte zwei Platzwunden, überall war Blut. Wie viele von den Angreifern verletzt wurden, weiß ich nicht genau. Bei ihrem Eintreffen wurde übrigens auch die Polizei von diesen Leuten angegriffen. Wir waren alle verletzt, mein Vater war im Krankenhaus, mein Bruder



wurde von der Polizei in Gewahrsam genommen, die Einrichtung des Imbisses war zerschlagen. Ich war in rasender Sorge. Und dann kam eine Frau vom Ordnungsamt und forderte, dass wir schnell aufräumen und fegen sollten, sonst würde sie jemanden schicken und uns das in Rechnung stellen.

Nach diesem Vorfall gab es einige Zeitungsartikel, über die ich mich geärgert habe. Dort stand, dass der Angriff bestimmt nichts mit Fremdenfeindlichkeit zu tun habe. Dabei hatten uns diese Leute doch so eindeutig beschimpft. Vorher hatten sie schon andere Leute, die nicht deutsch genug waren, angepöbelt und alle Deutschen in Ruhe gelassen. Aber es hieß, dass es vor allem eine gegenseitige Schlägerei war. Wahrscheinlich hatten viele in Potsdam Angst um den Ruf der Stadt. Ein Afrikaner war vorher fast totgeschlagen worden und das war ziemlich groß in den Medien.

Eine richtige Aufarbeitung des Angriffs auf uns gab es nicht. Ich weiß auch nicht genau, wie viele der Angreifer ermittelt wurden, obwohl sogar ein Handyvideo vom Geschehen kursierte, auf dem viele der Leute zu erkennen sind. Noch Wochen später kamen mehrmals welche von denen zu uns in den Imbiss und bedrohten uns erneut. Einmal riefen wir deshalb die Polizei, die auch kam und einen der Männer festnehmen musste, so aggressiv war der. Ich musste am Ende sogar 500 Euro Strafe zahlen, wegen der Gegenwehr am Tag des Angriffs. Gleichzeitig habe ich aber auch Geld von zweien der Angreifer gezahlt bekommen. Ein Dritter sollte auch an mich zahlen, der weigerte sich aber anscheinend, einem Ausländer Geld zu geben und durfte seine Strafe dann woanders hin spenden. Eine große Sache war für mich und für uns, dass die Antifa und andere Gruppen kurz nach dem Angriff eine Demo für uns gemacht haben. Diese Unterstützung, zu sehen, dass Leute auch hinter einem stehen, das hat sehr gut getan und ich bin weiterhin dankbar dafür.


An sich ist Potsdam wirklich eine schöne Stadt und ich bin glücklich hier. Ich versuche, mich ganz normal zu bewegen. In 20 Jahren kann man sich an vieles gewöhnen. Zum Alltag gehört es aber dazu, ab und an rassistisch beschimpft zu werden. In der Gastronomie ist es nun einmal so, dass man ab und an auch problematische Gäste hat. Das meine ich nicht, sondern richtige rassistische Beleidigungen aus dem Nichts heraus. Ungefähr einmal die Woche passiert das weiterhin. Ich habe mich entschieden, so etwas zu erdulden. Von ein paar Idioten lasse ich mir doch nicht das Leben versauen. Je nach Tagesform schaffe ich es, solche Vorfälle zu ignorieren. Manchmal würde ich schon einschreiten. Einmal saß mein Bruder vor dem Imbiss und hat einen Döner gegessen. Da kam ein Mann zu ihm, sagte »Scheiß Ausländer!«, drückte seine Zigarette in den Döner meines Bruders und verschwand wieder. Das finde ich schwer erträglich.



»DAS WARTEN, DAS DRÜCKT DICH RUNTER«

Herr E., 49 Jahre alt, stammt aus Ghana. Er hofft, dass er demnächst einen sicheren Aufenthaltsstatus für Deutschland erhalten wird und dann in eine eigene Wohnung umziehen kann.

Mein Asylverfahren begann schon 1995 und es dauert weiterhin an. Es ist eine gefühlte Ewigkeit. 17 Jahre sind eine sehr lange Zeit. Ich habe mich an das Warten inzwischen gewöhnt. Auch wenn es einem selbst nicht gut tut. Man möchte ja Dinge tun, Erfahrungen machen, Neues lernen. Und vor allem möchte ich arbeiten und für mich selbst sorgen können. Das wäre ein großer Fortschritt.



Ich kann nicht behaupten, dass ich sehr oft schlecht behandelt werde oder große Nachteile wegen meiner Hautfarbe erlebt habe. Auf der Straße wurde ich zum Beispiel noch nie körperlich angegriffen. Anderen Schwarzen ist das schon passiert, mir selbst zum Glück noch nie. Wenn ich aggressive Leute sehe, oder Betrunkene, dann gehe ich schnell weg, um jeden Ärger zu vermeiden. Bisher hat das gut funktioniert. Nein, Gewalt ist nicht das Problem. Es ist eher so, dass ich mich in einem Teufelskreis befinde, der im System versteckt ist. Da kommt man nur schwer raus, auch ohne, dass Menschen einem wirklich etwas Böses wollen.

Ich würde gerne arbeiten. Meine Bewerbungen sind aber mehr oder weniger aussichtslos. Ich erhalte meinen Aufenthalt immer nur für drei Monate und muss ihn dann immer wieder verlängern lassen. Und welcher Arbeitgeber will schon jemanden einstellen, der vielleicht nur für drei Monate da sein kann und dann womöglich das Land verlassen muss? Also: Immer wieder Absagen. Für meinen Aufenthaltsstatus wiederum wäre es sehr positiv, wenn ich eine feste Arbeit hätte. Die Ausländerbehörde möchte ja unbedingt, dass ich Arbeit habe. Nur wo soll die herkommen?

In meinem Heimatland habe ich als Bäcker gearbeitet. Das wäre doch auch hier ein toller Job für mich. Vielleicht könnte ich mich auch hocharbeiten. Als Küchenhilfe irgendwo beginnen oder als Reinigungskraft und dann vielleicht ein Koch werden. Demnächst bewerbe ich mich bei einer Berufsschule. Ganz klar ist noch nicht, ob ich dort anfangen kann. Aber dort lernen zu können, wäre eine lohnende Beschäftigung. Es ist ein Hoffnungsschimmer.

Allein in den letzten Monaten habe ich mich bei etwa 40 Betrieben gemeldet und nach Arbeit gefragt. Die meisten waren sehr freundlich zu mir, konnten aber wegen des Aufenthaltsstatus nichts für mich tun. Und auf der Ausländerbehörde sind die meisten Mitarbeiter auch freundlich zu mir. Aber ich habe ja keine Arbeitsstelle. Die Höflichkeit nutzt mir also nichts.

Also warte ich weiter. Ich bleibe positiv gestimmt, vertraue auf Gott und hoffe, dass sich eine Lösung finden wird. Das jahrelange Warten belastet mich aber trotzdem, das drückt dich psychisch herunter. Man bekommt den Eindruck, dass man kein normaler Mensch ist. Um einen herum haben alle zu tun, ich sitze aber da – und warte.



»DIESE ABLEHNUNG HAT MICH VERBITTERT«

Frau M., 30 Jahre alt, ist Mutter von zwei Kindern, einem dreijährigen Sohn und einer wenige Monate alten Tochter. Sie stammt aus Nigeria. Die Probleme begannen, als sie ein Bankkonto eröffnen wollte.

Man braucht Sprache für so viele Dinge im Leben, um mit den Menschen kommunizieren zu können, um Kontakte zu pflegen. Ich bin vor zwei Jahren nach Potsdam gekommen, lebe seitdem in einem Flüchtlingsheim und habe die deutsche Sprache noch nicht ausreichend lernen können. Deutsch bräuchte ich für so vieles, das weiß ich. Aber brauche ich es, um ein simples Bankkonto haben zu können? Vor einigen Monaten gab es da eine Geschichte, die mich wirklich empört hat.

Ich hatte glücklicherweise einen gesicherten Aufenthaltsstatus bekommen. Wegen meiner Schwangerschaft konnte ich aber nicht arbeiten und musste darum zum Jobcenter gehen. Dort wurde mir gesagt, dass ich ein Konto eröffnen solle, damit mir die Zahlungen direkt überwiesen werden können. Ich ging also zu einer Bankfiliale und fragte nach einem Bankkonto. Leider kam ich nicht voran. Die Bankangestellte sprach Englisch, wir konnten uns verständigen. Sie bestand aber darauf, dass ich mit einem Dolmetscher kommen müsste, um ein Konto eröffnen zu können. Ich habe mir dann jemanden gesucht, der beide Sprachen sehr gut beherrscht. Wir haben einen Termin bei der Bank ausgemacht und sind dorthin gegangen. Diesmal war ein anderer Angestellter dort. Ich kam mir völlig ausgeschlossen vor, denn der Mann redete überhaupt nicht mit mir direkt, sondern sprach alles mit meinem Dolmetscher ab; er sah mich gar nicht an. Und es gab

wieder eine Ablehnung. Ich bräuchte bestimmte Grundkenntnisse im Deutschen, um ein Konto haben zu können: Namen, Adresse, Geburtsdatum und all solche Dinge müsste ich in eigenen Worten erklären können, sonst dürfte ich kein Konto haben. Wir mussten also ohne Ergebnis wieder davon ziehen. Hinterher sagte mir der Dolmetscher, dass er das Verhalten des Bankangestellten als unfair, anmaßend und diskriminierend empfand. Ich war wirklich sehr wütend und verzweifelt. Man muss bedenken: Ich war im achten Monat schwanger und wollte eigentlich nur ein Konto eröffnen, eigentlich doch eine Kleinigkeit. Und dann dieser Stress!

Ich wollte mich aber nicht entmutigen lassen und mich angepasst verhalten. Also lernte ich zuhause einige Tage lang Deutsch, um eben meine Personalien in der deutschen Sprache selbst angeben zu können. Wieder ging ich in die Bank, wieder war dort ein anderer Angestellter. Und wieder bekam ich kein Konto: Das sei leider nicht möglich. Eine richtige Begründung wurde mir dafür nicht gegeben. Ich bin mir ziemlich sicher, dass sie mich nicht wollten, weil ich Ausländerin bin.

In diesem Moment hätte ich weinen können, so verzweifelt war ich. Was soll das werden in diesem Land, wenn mir sogar ein Konto verweigert wird? Diese Ablehnung hat mich verbittert. Es gibt einem ein schlechtes Gefühl, so ungewollt zu sein. Wenn sie mir doch wenigstens offen gesagt hätten, dass sie mich nicht wollen – dann hätte ich mir all den Aufwand sparen können. Ich bin mir sicher: Meinen Kindern werde ich später, wenn sie groß genug sind, davon erzählen!

Ich hatte den Angestellten im Flüchtlingsheim von meinem Ärger erzählt. Die waren ebenfalls verärgert über die Bank und haben mich unterstützt. Das hat mir geholfen, solch eine Hilfe ist von großer Bedeutung. Und mittlerweile habe ich auch endlich ein Konto: Ich bin ganz simpel bei einer anderen Bank gewesen und habe danach gefragt. Dort war das überhaupt kein Problem. Freundliche Menschen, nur ein paar Minuten hat es gedauert und dann war die Sache erledigt.



»EIGENTLICH

BIN ICH ZUFRIEDEN IN POTSDAM«

Herr J., 32 Jahre alt, lebt seit zwei Jahren im Potsdamer Flüchtlingsheim. Der Mazedonier versucht, für sich und seine Familie eine Existenz in Deutschland aufzubauen. Er hatte die Aussicht auf eine Hausmeisterstelle bei einem Fußballclub.

Es lief in diesem Jahr alles ganz zufriedenstellend für mich, bis es zu dieser Episode kam, von der ich berichten möchte. Ich wollte unbedingt Arbeit für mich finden, um für meine Familie, meine Frau und drei Kinder, besser sorgen zu können, um etwas mehr Geld zu haben und um etwas Sinnvolles zu tun zu haben. Ein Freund von mir hat es geschafft, eine Stelle für mich zu finden. Ich bin ein großer Fußballfan und war überglücklich über das Angebot: Hausmeister und Platzwart in einem Fußballclub. Zwei Wochen lang habe ich unbezahlt zur Probe gearbeitet und man war zufrieden mit mir. Es geht um das Aufräumen der Tribünen und die Pflege des Rasens nach Spielen oder Trainingseinheiten. Von der Ausländerbehörde hatte ich eine Erlaubnis bekommen, arbeiten zu dürfen. Der Vertrag war vorbereitet. Es fehlte nur noch ein Bankkonto, um die Gehaltszahlungen erhalten zu können. Und das erwies sich entgegen meiner Erwartung als ein größeres Problem.

Ich ging zu einer Bank, um die Kontoeröffnung zu erledigen. Doch dort sagte man mir, dass es kein Konto für mich geben könne, denn ich müsste mich vernünftig ausweisen. Mein Duldungsausweis genüge nicht und auch die Kopie meines Passes sei nicht ausreichend. Es brauche das Original meines Passes. Nun – der Pass liegt aber bei der Ausländerbehörde. Die wiederum wollen oder können mir den Pass nicht geben. Sie sagten aber zu, dass sie gegenüber der Bank gerne meine Identität und die Existenz des Passes bestätigen könnten. Bei der Bank wurde entgegnet, dass es nicht möglich sei, telefonische Rücksprache mit der Ausländerbehörde zu halten – Telefonieren sei ihnen nicht möglich. Warum nur? Das ist doch nicht verständlich.

Was soll man da tun? Ich habe es gut in Potsdam, ich bin eigentlich zufrieden, die Stadt gefällt mir sehr und meinen Kindern geht es gut. Wenn ich an die Zukunft denke, dann kann ich mir gut vorstellen, hier zu bleiben. Die Menschen sind größtenteils freundlich und hilfsbereit. Schwierigkeiten wie die mit der Kontoeröffnung lassen mich jedoch manchmal an meinem Optimismus zweifeln. Man muss sich das vorstellen: Es heißt so oft, dass Ausländer arbeiten gehen sollen. Aber wenn man Arbeit findet, was schwierig ist, dann liegen so viele Hindernisse im Weg. Die Arbeit beim Fußballverein hätte ich nicht weitermachen können ohne das Konto, weil eine Barzahlung des Gehalts anscheinend nicht möglich ist. Es gab letztlich aber doch eine Lösung. Bei der Ausländerbehörde habe ich eine neue Kopie meines Passes bekommen mit entsprechenden offiziellen Stempeln. Und das wurde schließlich akzeptiert, diesmal war der Bankmitarbeiter sogar ziemlich freundlich zu mir. Drei Wochen lang musste ich kämpfen für das Konto, drei Termine bei der Bank gab es und mehrere Absprachen und Termine mit der Ausländerbehörde. Das ist wohl mehr als nur Bürokratie.

Nun gibt es ein neues Problem. Denn die Arbeitserlaubnis für mich ist wohl noch nicht oder nicht mehr gültig. Sie muss neu erteilt werden. Ich hoffe, dass das nur einen Monat dauern wird, damit ich endlich arbeiten gehen kann. Wenn ich ohne die Erlaubnis arbeiten würde, dann würden mein Arbeitgeber und ich saftige Strafen bekommen. Das würde nicht helfen. Also muss ich weiter warten. Zum Glück hat der Arbeitgeber Geduld mit mir und weiß, dass ich gut arbeiten kann und will. Die Stelle wird solange für mich frei gehalten, bis alles geklärt ist. Das ist nicht selbstverständlich. Hoffentlich hält der Rasen solange durch und andere Leute kümmern sich darum. Das wär ja schlecht für das Team, wenn dort nicht vernünftig trainiert und gespielt werden könnte.



»ZUM GLÜCK SIND NICHT ALLE LEUTE SO«

Herr A., 49 Jahre alt, kam 1992 als Flüchtling aus dem Libanon nach Deutschland. In Potsdam lebt er seit 15 Jahren zusammen mit seiner Frau und den später geborenen Kindern; zwei Söhnen und einer Tochter. Aber es gab Ärger in der Nachbarschaft.

Ich hatte eine Zeitlang richtig Angst, dass mir meine Kinder weggenommen werden. Es klingelte bei mir zuhause an der Tür und ich öffnete. Da standen zwei Frauen, die sich als Mitarbeiterinnen des Jugendamtes vorstellten. Sie hätten eine Meldung bekommen, dass aus meiner Wohnung regelmäßig Schmerzensschreie von Kindern zu hören seien. Ich bat die Frauen herein und sie schauten sich die Wohnung an, wahrscheinlich um nachzusehen, ob die Räume verwahrlost sind. Die Schreie wären immer um die Mittagsstunden herum zu hören, erzählten sie mir. Tagsüber sind meine Kinder im Kindergarten, berichtete ich. Wir warteten dann noch einige Zeit, bis die Kleinen vom Kindergarten nach Hause kamen. Die Frauen wechselten einige Sätze mit meinen Kindern. Sie verschafften sich so wahrscheinlich einen Eindruck, wie es den Kindern geht und ob sie sichtbare Verletzungen hatten. Dann verabschiedeten sie sich.

Die beiden Frauen waren sehr höflich zu mir; ich habe da keinerlei Beschwerden. Das Jugendamt muss Verdachtsfällen nachgehen; das ist richtig und wichtig. Mir ging es danach allerdings schlecht. Auch wenn es eigentlich absurd war, machte ich mir trotzdem Sorgen, dass die Frauen zurückkommen und mir meine Kinder wegnehmen könnten. Meine Frau war ebenfalls wochenlang besorgt und weinte viel. Wo kommt das nur her? Wer hat diese falsche Anzeige gegen uns gestellt? Das Jugendamt wollte uns nicht verraten, woher sie den Hinweis bekommen

hatten. Wer wohl dahintersteckt; das hat mich lange Zeit beschäftigt. Ich habe den Verdacht, dass es mit meiner, mit unserer nichtdeutschen Herkunft zu tun hat. Beweisen kann ich das natürlich nicht, aber aufgrund von früheren Erfahrungen ordne ich diese Episode so ein.

Im Haus hatten wir zuvor schon Ärger mit einem Nachbarn. Der hat einen großen Hund, vor dem sich meine Kinder fürchten. Als meine Frau den Mann einmal bat, den Hund anzuleinen, wurde sie von ihm ganz böse beschimpft. Sie sei eine »Scheiß-Ausländerin« und er regte sich über ihr »Scheiß-Kopftuch« auf. Mehrmals kam es zu solchen Schimpftiraden, auch ich selbst wurde von dem Mann beschimpft. Zum Glück sind nicht alle Leute so, die anderen Nachbarn sind sehr freundlich. Einmal wurde meine Frau wieder beschimpft und eine ältere Nachbarin griff ein. Sie sagte dem Mann, er solle aufhören, das gehöre sich nicht und er würde großen Ärger kriegen, wenn er so weitermachen würde. Es half aber nichts, es ging monatelang weiter. Ich machte mir immer größere Sorgen, weniger um mich, mehr um meine Frau und meine Kinder. Was wäre, wenn der Mann vielleicht einmal ausrasten und ein Messer ziehen würde. In Dresden wurde vor einigen Jahren eine Araberin von einem Rassisten totgestochen, nachdem er sie beleidigt hatte. Der Mord passierte mitten im Gerichtssaal! Daran musste ich denken. Wir stellten trotzdem zweimal Anzeigen. Und es hat geholfen. Kurz bevor die Sache vor Gericht gehen sollte, kam der Mann zu mir und entschuldigte sich für sein Verhalten. Er habe viele private Probleme gehabt, darum sei er so aggressiv gewesen. Ich weiß nicht genau, wie ernst ihm die Entschuldigung war. Aber ich nahm die Entschuldigung an und zog sogar die Anzeige zurück. Und der Mann hat seitdem sein Verhalten verbessert und grüßt sogar recht freundlich im Treppenhaus.

Solche Dinge passieren – leider. Ich könnte noch weitere Geschichten erzählen. Doch man darf auch das Positive nicht vergessen. Als ich nach Deutschland kam, lebte ich einige Zeit im Flüchtlingsheim in Neuruppin. Dort wurde ich von Nazis zusammengeschlagen, grundlos und ganz brutal. Mehrere Tage lag ich im Krankenhaus. Wegen dieses Vorfalles bin ich erst nach Potsdam gekommen, weil ich in Neuruppin nicht mehr sein konnte. Und im Vergleich zu diesen alten Zeiten ist es in Potsdam ruhig und lebenswert. Ich lebe gern hier und kann mir vorstellen, noch sehr lange hier zu wohnen und zu arbeiten.



»ICH WÜNSCHE MIR KOOPERATION AUF GLEICHER AUGENHÖHE«

Herr I., 46 Jahre alt, ist aktiv bei einer Organisation von Flüchtlingen, die unter anderem in Flüchtlingsheimen kostenlose Internetcafés bereitstellt. Er lebt seit 2006 in Potsdam. In seiner politischen Arbeit stößt er immer noch auf Ablehnung und Misstrauen.

Rassismus ist für mich eine Alltagserfahrung. Er begegnet mir persönlich, weil ich aus Kamerun stamme und schwarze Haut habe. Und er begegnet mir über meinen politischen Aktivismus, denn ich habe mit vielen Menschen zu tun, die negativ von Rassismus betroffen sind. Gerade in diesen Tagen haben Neonazis einen Artikel im Internet veröffentlicht, in dem ich rassistisch beschimpft und bedroht werde. Ich wehre mich dagegen, indem ich eine Anzeige bei der Polizei stelle.

Ich reise viel im ganzen Land Brandenburg herum und habe schon viele bedrohliche Situationen erlebt. Beschimpfungen und obszöne Gesten bei Bahnfahrten, das »N-Wort«¹ wurde mir zugerufen. Manchmal sagen die Blicke von manchen Leuten auch schon alles. Auch in Potsdam passiert das, auch wenn die Stadt insgesamt freundlicher ist als andere Brandenburger Orte. Körperlich wurde ich noch nicht attackiert. Aber es gibt genug Menschen, die mir von solchen gewalttätigen Angriffen gegen sich berichten.

Ich habe im Laufe der Jahre ein Art Gleichmut entwickelt. Anfangs berührten mich Beschimpfungen gegen mich. Inzwischen bin ich völlig kontrolliert und reagiere in der Regel gar nicht. Das wäre Energieverschwendung. Ich muss diesen Leuten gar nichts beweisen und mir selbst auch nicht.

Was mich aber sehr wohl berührt und verärgert, ist die Bevormundung, die mir in meiner politischen Arbeit begegnet. Als Menschenrechtsaktivist, der selbst einen Hintergrund als Flüchtling hat, möchte ich ernst genommen werden – und das

scheint auch in Potsdam keine Selbstverständlichkeit zu sein. Mein Verein hat vor einiger Zeit mit einer studentischen Initiative kooperiert, die sich gegen Rassismus engagiert und erhielt einige Unterstützung für ein Projekt. Es gab sogar etwas Geld für das Material, das uns fehlte. Doch die Studierenden gaben uns unter seltsamen Begründungen dieses Geld nicht, sondern leiteten es ganz umständlich an jemand anderen weiter. So kamen wir an das Material und das Projekt konnte stattfinden. Doch ich spürte ganz deutlich das Misstrauen gegen uns. Wenn wir als Flüchtlingsorganisation vollwertige Partner sind, dann kann man uns das Geld doch direkt geben. Noch ein Beispiel: Für eins unserer Internetcafés wurde Geld für Technik gespendet. Es gab sogar einen Pressetermin, bei dem für die Medien die Spende öffentlich an uns »übergeben« wurde. Es blieb aber bei der symbolischen Übergabe – das Geld kam in Wirklichkeit nicht bei uns an, sondern es wurde wieder umständlich und mit seltsamen Begründungen alles umgeleitet. Die Technik wurde direkt besorgt und alles hat geklappt. Doch auch hier bleibt ein seltsames Gefühl. Wenn wir uns ernst nehmen wollen, dann müssen wir auf Augenhöhe miteinander kooperieren. Das wünsche ich mir, aber es ist nicht die Realität. Gute und richtige Worte kann man leicht sprechen. Das Handeln ist offenbar eine schwierigere Angelegenheit. Wenn materielle Dinge ins Spiel kommen, wollen andere häufig die Kontrolle behalten und trauen uns Flüchtlingen nicht über den Weg. Das richtet Schaden an und gibt mir ein Gefühl von Ausgrenzung und Bevormundung, mit dem ich inzwischen mehr zu kämpfen habe als mit rassistischen Aggressionen auf der Straße.

¹ Mit »N-Wort« ist der rassistische Begriff »Neger« gemeint. Um beim Berichten über rassistische Beleidigungen den Begriff nicht wieder öffentlich zu benutzen, hat sich diese Umschreibung etabliert.



»VIELE TRAUEN SICH NICHT, DIE DINGE ANZUSPRECHEN«

Herr N., 36 Jahre alt, ist Politikwissenschaftler. Für sein Studium kam er aus Kamerun nach Deutschland. Er studierte an der Potsdamer Universität und war unter anderem in der studentischen Selbstverwaltung engagiert. Die Zusammenarbeit mit den Mitstudierenden war immer wieder schwierig.

Als ich anfang mit meinem Studium, war ich noch sehr unsicher, wie ich mich an der Universität bewegen soll. Wie sind die Sitten, wie ist der Umgang miteinander – und auch wegen meiner Deutschkenntnisse war ich recht vorsichtig. Gleich in einem meiner ersten Seminare passierte etwas, das mir fast den Boden unter den Füßen wegzog. Es wurden zur Vorbereitung von den Referaten kleine Gruppen gebildet. Ich war etwas schüchtern und nicht besonders aktiv und wurde so am Ende einer Dreiergruppe zugeteilt, die sich schon konstituiert hatte. Am folgenden Tag kamen nach und nach E-Mails bei mir an: Alle drei Mitstudierenden sagten die Referatsvorbereitung unter ganz fadenscheinigen Begründungen ab. Ich spürte deutlich: Diese Leute wollten nicht mit mir zusammenarbeiten. Das hat geschmerzt und ordentlich Frust ausgelöst.

Von anderen schwarzen Studierenden hatte ich schon vorher gehört, dass so etwas manchmal vorkommt. Einem Freund wurde es sogar einmal ganz offen gesagt: »Mit dir möchte ich kein Referat zusammen halten, denn dein Deutsch ist nicht perfekt und es würde für mich viel mehr Arbeit bedeuten.« Deutlicher kann Ausgrenzung wohl kaum ausgedrückt werden. Zuerst kannte ich nur solche Berichte – nun hatte es mich selbst getroffen. Damit muss man einen Umgang finden und das ist mir auch gelungen. Später ist etwas Ähnliches noch einmal passiert und dann habe ich das Referat alleine gehalten.

Ich hatte damals keine Möglichkeit gesehen, mich gegen die Ausgrenzung zu wehren, mich zu beschweren oder das Ganze zu thematisieren. Ich schwieg. Das wäre heute anders. Aber ich weiß, dass viele schweigen. Viele ausländische Studierende trauen sich nicht, die Dinge anzusprechen, weil sie Angst haben, dann noch weitere Probleme zu bekommen. Der Austausch findet dann privat, untereinander statt. Wir haben es also mit einem Dunkelfeld zu tun. Das ganze Ausmaß von rassistischer Ausgrenzung wird nicht publik.

Es hat auch sonst immer mal wieder Situationen gegeben, in denen ich wegen meiner Herkunft oder Hautfarbe anders, seltsam, schlechter behandelt wurde. Meistens war es subtil und wenig spektakulär, aber es ist vorhanden. Ich habe gelernt, es zu verdrängen und zu vergessen.

Vielleicht bin ich zu positiv. Ich glaube aber, dass sich einiges an der Universität gebessert hat, zumindest für mich persönlich. Von Leuten, die vor mir studierten, habe ich Geschichten über Ausgrenzung gehört, die mir selbst nicht einmal im Ansatz passiert sind. Möglicherweise liegt es daran, dass sich die Uni internationalisiert hat. Vielleicht bin ich aber auch über die Jahre besser eingebunden und darum geschützt gewesen.

Ich weiß von einer Auseinandersetzung, die universitätsintern geführt wurde. Zwei ausländische Studentinnen hatten Probleme mit einer Dozentin. Wegen eines kleineren Missverständnisses wurden die beiden öffentlich in der Vorlesung vorgeführt und lächerlich gemacht. Nur weil sie keine deutschen Muttersprachlerinnen sind. Auch diese beiden hatten zunächst Angst davor, sich zu wehren – immerhin mussten sie ja noch die für sie wichtige Klausur in der Vorlesung bei genau der fraglichen Dozentin bestehen. Doch sie entschieden sich für eine Auseinandersetzung. Es gab ein moderiertes Gespräch zwischen der Dozentin, ihren Vorgesetzten und den beiden Studentinnen. Die Dozentin sagte dort, dass es ihr leid täte; sie habe niemanden verletzen wollen. Ich weiß nicht genau, ob die Studentinnen damit wirklich zufrieden waren. Sie hätten sich vielleicht eine richtige Entschuldigung gewünscht. Doch ich glaube, dass sich die Auseinandersetzung gelohnt hat und stelle auch fest, dass die Universität offen dafür war. Ihre Klausuren haben die beiden übrigens bestanden.



»UND DANN WURDE DIE POLIZEI GEHOLT«

Herr S., 25 Jahre alt, ist ein aus Syrien stammender Soziologe und Politikwissenschaftler. Er bekommt immer wieder zu spüren, welche Vorurteile mit seinem Äußeren verbunden werden.

Ich spüre immer wieder den Druck, mich rechtfertigen zu müssen; dass auf mich strenger geblickt wird, als auf gebürtige Deutsche geschaut wird; dass mir weniger Positives und dafür sehr viel Negatives zugetraut wird. Manchmal bin ich selbst überrascht, wie harsch die Klischeebilder sind, die mit meinem Äußeren verknüpft sind. Vor Kurzem hatte ich eine nette Unterhaltung mit einem entfernten Bekannten. Am Ende sagte er, dass er ja mal tagsüber zu Besuch kommen könnte und wollte wissen, wo denn der Dönerimbiss sei, in dem ich arbeite. Ich arbeite doch gar nicht in einem Imbiss! Wie kam der Mann nur auf die Idee, dass ich ein Dönerverkäufer sei? Er meinte die Frage wirklich freundlich, da bin ich mir sicher. Doch es ist natürlich beleidigend und drängt einen in eine Schublade. Nichts gegen die Gastronomie, aber nicht jeder Araber oder Türke arbeitet im Imbiss, und das muss irgendwann begriffen werden. Wenige Menschen kommen auf die Idee, dass ich im Forschungsbereich arbeite.

Vor ein paar Monaten stand ich zusammen mit einem Freund in einem Lebensmitteldiscounter in der Schlange zur Kasse. Offenbar war die Diebstahlalarmanlage defekt. Bei mehreren Kunden fing die Anlage an laut zu fiepen, als sie den Kassensbereich verließen. Vor uns war ein deutsches Pärchen. Sie zahlten, packten ihre Einkäufe ein und als sie gehen wollten, fiepte die Alarmanlage weiter. Das

Pärchen und die Verkäuferin lachten einander an und machten ein paar Scherze. Es war nichts weiter, eine alltägliche und freundliche Szene.

Dann waren wir an der Reihe. Ich legte die Dinge aus dem Einkaufswagen auf das Fließband, es wurde gescannt, ich zahlte, packte ein und wir gingen los. Die Alarmanlage machte Lärm. Die Verkäuferin schaute mich an, sagte ich solle anhalten. Sie forderte mich auf, meinen Rucksack zu öffnen. Ich fragte warum und sie meinte, dass die Alarmanlage durch irgendetwas in meinem Rucksack aktiviert worden sei. Es war so absurd, es war so offensichtlich, dass die Anlage defekt war. Meine Begleitung, er ist Deutscher, regte sich auf und fing an zu diskutieren, dass es nicht fair sei, mich so herauszustellen. Schnell kam Sicherheitspersonal und forderte mich auf, den Rucksack zu öffnen. Ich verweigerte das. Und dann wurde die Polizei geholt. Die Polizei stellte fest, dass diese Alarmanlage defekt war. Trotzdem musste ich ihnen meinen Rucksack zeigen und dann durfte ich gehen.

Bevor die Polizei kam, gab es dort in Kassennähe eine Diskussion zwischen mir und den Discounterangestellten. Ich dachte, ich könne argumentieren und dass es nicht schaden würde, wenn die anderen Kunden aufmerksam gemacht werden, dass diese Kontrolle ungerecht und ungerechtfertigt ist. Später sagte mein Bekannter, dass ich in dem Moment sehr aufgeregt und aggressiv gewirkt hätte. Das hat mir zu denken gegeben. Ich dachte, ich würde die Situation kontrollieren, dabei hatte die Situation mich im Griff. Und dadurch entstand wieder ein Bild von einem aggressiven migrantischen jungen Mann, woran ich aber im Moment des Ereignisses nicht denken konnte. In den folgenden Monaten war ich oft unsicher, wenn ich mit meinem Rucksack in den Supermarkt ging. Ich habe oft daran gedacht, dass die Leute mich wieder des Diebstahls verdächtigen. Und dieses Gefühl war nicht gut.

Durch diese kleinen Dinge, die immer wieder passieren, kultiviert man ganz schnell eine bestimmte Art, sein Umfeld wahrzunehmen. Seitdem ich in Deutschland ankam, hat sich das bei mir entwickelt: Es gibt ein unbestimmtes »wir«, das sind Migranten. Und es gibt ein »die«, das sind die anderen, die deutsche Mehrheitsgesellschaft. Ich mag dieses Denken nicht, aber es ist vorhanden und es wird produziert durch die beständigen Annahmen »von denen«, darüber, wie ich bin. Dieses Muster ist eine Ausprägung davon, wie Rassismus funktioniert.



»ICH EMPFINDE DAS ALS KRIMINALISIERUNG«

Herr C., 34 Jahre alt, zog vor zehn Jahren für das Studium von der Türkei nach Deutschland. Inzwischen lebt er in Potsdam und arbeitet in Berlin. Immer wieder wird er von der Polizei kontrolliert.

Als ich nach Deutschland kam, hatte ich noch einige Illusionen über das Leben hier. Ich wollte hier einen anderen Grad von Freiheit als in der Türkei haben. Ich hatte ein Bild von einem freiheitlich-demokratischen Europa. In mancher Hinsicht habe ich diese Freiheit gefunden, aber in vielen Bereichen bin ich durchaus auf Einschränkungen gestoßen, mit denen ich vorher gar nicht gerechnet hatte.

Als ich erst ein paar Monate hier war, wartete ich auf dem Potsdamer Hauptbahnhof auf einen Freund, mit dem ich mir ein paar Dinge in der Stadt ansehen wollte. Er verspätete sich ungefähr 15 Minuten und so stand ich allein in dem Gebäude herum. Und dann kam die Polizei und stellte mich zur Rede, ganz plötzlich und für mich sehr überraschend. Ich hatte nur meinen türkischen Ausweis dabei, keinen Reisepass. Die Polizisten waren latent aggressiv. Ich musste mitkommen, wurde in einen Raum gesteckt und musste mich bis auf die Unterhose ausziehen. Ich wurde penibel durchsucht. Die Polizisten waren sauer, weil ich zunächst nicht verstanden hatte, dass ich mich ausziehen soll – so gut war mein Deutsch damals noch nicht. Und es war für mich ein fernliegender Gedanke, dass solch eine Prozedur veranstaltet werden sollte. Ich verhielt mich ruhig und hatte insgeheim Ängste, dass die

Polizisten mich nun verprügeln würden. Das taten sie nicht. Meine Personalien wurden überprüft und dann wurde ich wieder freigesetzt. Ohne ein Wort der Entschuldigung oder der Versöhnung wurde ich vor die Tür gesetzt. Eine Stunde lang dauerte die ganze Geschichte. Meine Verabredung hatte ich natürlich verpasst.

Weshalb ich überhaupt angehalten wurde, weiß ich nicht – hielten sie mich für einen Drogenhändler? Der Vorfall liegt mehrere Jahre zurück, aber er ist manchmal weiterhin präsent in meinem Kopf. Seitdem wurde ich drei weitere Male von der Polizei an Bahnhöfen kontrolliert. Daraus folgt eine Einschränkung in meinem Alltag. Ich bewege mich zu aufmerksam an Bahnhöfen und warte nur ungern an öffentlichen Plätzen auf eine Verabredung. Im Hinterkopf ist der Gedanke da, dass es ja wieder mal Ärger und Anstrengung geben könnte. Auch die Art, wie ich die Polizei wahrnehme, ist dadurch negativ beeinflusst. Man fühlt sich fast wie ein wirklicher Krimineller, denn wenn Polizisten irgendwo auftauchen, löst das eher Bedrohungsreflexe aus und eben kein Gefühl von Sicherheit.

Einmal sagte ich bei einer Kontrolle den Polizisten, dass hier doch hunderte Leute auf dem Bahnhof seien und fragte, warum sie denn ausgerechnet mich anhalten würden. Mit ironischem Ton wurde mir gesagt, die Auswahl erfolge nach dem Zufallsprinzip und es sei eine Lotterie. Der Polizist wusste selbst ganz genau, dass das Quatsch ist und er wusste auch, dass ich das durchschaute.

Ich empfinde diese Kontrollen als Kriminalisierung. Man steht dann über einen ganzen Zeitraum auf dem Bahnsteig und wird von der Polizei festgehalten. Und es laufen so viele andere Leute vorbei. Es ist ein peinliches Gefühl, so exponiert zu sein. Und bei den Passanten bestätigen sich bestimmte Bilder: Ah, wieder wurde ein junger, männlicher arabischer oder türkischer Migrant von der Polizei bei irgendetwas Kriminellem erwischt. Es hat also eine regelrechte politische Dimension, die über mein individuelles Erleben hinaus geht; denn es beeinflusst die Wahrnehmung von so vielen Menschen.



ANTIDISKRIMINIERUNGSRARBEIT ALS GEWALTPRÄVENTION

Rassistische Gewalt ist immer in die gesellschaftlichen Debatten und Auseinandersetzungen eingebunden. Selbst wenn physische Angriffe auf MigrantInnen von den meisten Menschen nicht befürwortet werden, können die TäterInnen an weit verbreitete rassistische Einstellungen in der Bevölkerung anknüpfen. Nicht selten haben die TäterInnen so das Gefühl, lediglich die Überzeugungen der Bevölkerungsmehrheit zu exekutieren, sie also in Form von rassistischen Angriffen in die Tat umzusetzen.

Ausgangspunkt dafür sind Ungleichheitsvorstellungen, wonach MigrantInnen, Eingewanderten oder nicht-weißen Deutschen nicht der gleiche Respekt und die gleichen Rechte zukommen sollten wie weißen Deutschen. Die Betroffenen erfahren dabei physische Angriffe als konsequente Fortsetzung ihrer alltäglichen Diskriminierung, die sich zum Beispiel in Beleidigungen in der Straßenbahn, in unfreundlichen Blicken an der Kasse oder in Polizeikontrollen nach »ethnischen Kriterien« ausdrückt. Die Einsicht, dass rassistische Diskriminierung und rassistische Gewalt so sehr ineinander verschränkt sind, hat die Opferperspektive 2009 dazu veranlasst, fortan nicht nur Gewaltopfer zu beraten, sondern auch eine Antidiskriminierungsberatung anzubieten.

Gewalttaten sind schwerwiegende Eingriffe in die körperliche und psychische Integrität der Betroffenen. Ihre Folgen – Hämatome, gebrochene Nasen, Platzwunden – sind ebenso sichtbar wie abgebrannte Imbisse oder gesprengte Briefkästen. Bei schweren Gewalttaten setzt zudem häufig ein Prozess der Traumatisierung ein, da die erfahrene Ohnmacht und die Verletzung der eigenen körperlichen Unversehrtheit auch psychisch verarbeitet werden müssen. Schwerer zu fassen ist die Wirkung von andauernden rassistischen Beleidigungen und Ausgrenzungen, die gerade in ihrer Alltäglichkeit das Befinden der Betroffenen massiv beeinflusst und Spuren hinterlässt.

Als Resultat gemachter Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen können für die Betroffenen Angsträume entstehen, Orte und Situationen, die fortan gemieden werden. Wo das Vertrauen verloren gegangen ist, sich unversehrt und angstfrei in der Öffentlichkeit bewegen zu können, folgt häufig ein Rückzug ins Private. Es entstehen tatsächliche No-Go-Areas – Orte an denen rechte Angriffe dazu geführt haben, dass MigrantInnen sich nicht mehr sicher fühlen und somit aus dem öffentlichen Raum vertrieben werden. Nicht selten sind MigrantInnen betroffen, die bereits in ihren Herkunftsländern Gewalt erfahren haben und denen im Zuge neuer Angriffe eine Retraumatisierung droht.

Rechte und rassistische Angriffe haben dabei immer eine politische Dimension. Die Angegriffenen werden in der Regel nicht als Einzelpersonen, sondern als Angehörige einer bestimmten Gruppe angegriffen, der man sie zuschreibt. Rechte Gewalttaten können deshalb auch als »Botschaftsangriffe« bezeichnet werden, die sich nicht nur gegen die direkt Betroffenen richten, sondern immer auch gegen ihr Nahumfeld, ihre lokale Community, den Freundeskreis oder das politische Netzwerk.

Für MigrantInnen, Eingewanderte oder nicht-weiße Deutsche sind öffentliche Räume in Brandenburg immer schon Angsträume; Orte, an denen sie Diskriminierung und Ausgrenzung erfahren und an denen sie öffentlich als »anders« und als »nicht dazugehörig« markiert werden. Alltagsrassismus ist dabei von außen nicht immer sichtbar, ein böser Blick oder ein unfreundliches Wort an der Kasse wird von Dritten kaum wahrgenommen. Für die Betroffenen ist eine Reaktion schwierig. Einer offenen rassistischen Beleidigung kann man sich laut erwehren; auf eine hingehaltene Banane und einen abwertenden Blick zu reagieren, ist komplizierter; weil die TäterInnen sich auf eine vermeintliche Uneindeutigkeit ihrer Handlungen zurückziehen können. Die Ausgrenzung erfolgt subtiler und kann nichtsdestotrotz ähnlich verletzend wirken wie offen geäußerte Ablehnung.

Sowohl für rechte und rassistische Gewalttaten als auch für die alltägliche Diskriminierung sind Einstellungen zentral, welche der Sozialwissenschaftler Wilhelm Heitmeyer als »gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit« bezeichnet hat. Diese Einstellungen und Vorurteile beruhen auf einer Denkweise der Ungleichwertigkeit. Sie sind tief verwurzelt in gesellschaftlichen Diskursen und Debatten und verbinden damit die organisierten Rechten mit der sog. Mitte der Gesellschaft. Es ist also kein Zufall, dass MigrantInnen, Linke, Punks, Schwule oder Wohnungslose angegriffen werden.

Die Diskriminierung, die MigrantInnen und Flüchtlinge erfahren, ist strukturell. Sei es am Arbeitsmarkt, wenn ein (vermeintlicher) Migrationshintergrund die Chancen auf eine Einstellung mindert, oder sei es bei der Wohnungssuche. Auf die Lebenssituation von Flüchtlingen wirken sich auch institutionelle Regelungen



NACHWORT

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

als die NPD im Jahr 2012 insgesamt drei Mal in Potsdam demonstrieren wollte, stellten sich ihr jedes Mal zahlreiche Potsdamerinnen und Potsdamer entgegen. Eine wichtige Rolle spielte dabei das Bündnis »Potsdam bekennt Farbe«, das sich seit zehn Jahren gegen Rassismus, Ausländerfeindlichkeit und Rechtsextremismus einsetzt. Ihm ist ebenso wie allen anderen engagierten PotsdamerInnen zu danken. Jedoch darf im Zuge dessen nicht vergessen werden, dass sich rassistisches und rechtes Gedankengut auch im Alltag immer wieder äußert, wenn auch auf eine oft subtilere beziehungsweise weniger öffentlichkeitswirksame Art und Weise. Obwohl die Landesverfassung in Artikel 12 festhält, dass niemand »wegen seiner Rasse, Abstammung, Nationalität, Sprache, seines Geschlechts, seiner sexuellen Identität, seiner sozialen Herkunft oder Stellung, seiner Behinderung, seiner religiösen, weltanschaulichen oder politischen Überzeugung bevorzugt oder benachteiligt werden« darf, sind auch in Potsdam immer wieder Menschen von Diskriminierung betroffen.

Die vorliegende Broschüre hat diesen Menschen die Möglichkeit gegeben, sich Gehör zu verschaffen und über ihre Erlebnisse zu berichten. Auf diese Weise wird es möglich, sich in die Betroffenen hinein-zu-versetzen und ein besseres Verständnis für die verletzend wirkende Wirkung von jenen Worten und Handlungen zu bekommen, die diskriminierend und erniedrigend sind. Es liegt an jedem Einzelnen von uns, immer wieder unsere Bilder und Vorstellungen von Menschen und Menschengruppen zu überprüfen und ein gleichberechtigtes Miteinander zu gestalten. Wo ein solches nicht stattfinden kann, weil Menschen diskriminiert werden – sei es in der Nachbarschaft, im Uniseminar oder am Imbiss nebenan – ist Zivilcourage unerlässlich.

Die Broschüre trägt dazu bei, dass Menschen für die verschiedenen Formen rassistischer Diskriminierung sensibilisiert werden, um frühzeitig dagegen einschreiten zu können. In diesem Sinne hoffe ich, dass das Heft eine weite Verbreitung in der Landeshauptstadt findet. Den Interviewten danke ich dafür, dass sie ihre Erfahrungen mit uns geteilt und so auf die Missstände hingewiesen haben, die uns alle angehen und die wir weiterhin angehen müssen.

Jann Jakobs

Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Potsdam

negativ aus. Beispiele hierfür sind: faktische Arbeitsverbote, die oft ausschließliche Unterbringung in Wohnheimen, die Residenzpflicht und das vielerorts gültige Gutscheinsystem, wonach Flüchtlingen kein Bargeld ausgezahlt wird, über das sie nach ihren Bedürfnissen verfügen können.

Rassistische Diskriminierung ist demnach alltäglich und findet seinen Ausdruck nicht erst im physischen Angriff auf MigrantInnen. Dementsprechend genügt es nicht, allein Gewalttaten zu thematisieren: Wer über rassistische Gewalt redet, kann von rassistischer Diskriminierung nicht schweigen. Wenn es darum geht, die Entstehung von Angsträumen zu verhindern oder schon bestehende Angsträume für die Betroffenen wieder begehbar zu machen, dann bedarf es eines Engagements, welches sich gegen rassistische Gewalt und ausgrenzende Verhaltensweisen gleichermaßen richtet. Notwendig ist eine klare Positionierung auf die Seite der Betroffenen und eine deutliche Solidarisierung. Die Betroffenen dürfen nicht allein gelassen und No-Go-Areas für Menschen, die nicht in das rechte Weltbild passen, nicht geduldet werden. Sei es auf der Straße oder im Supermarkt, im Treppenaufgang oder in der Disko – wir alle müssen handeln, um in einer offenen und auf Gleichberechtigung basierenden Gesellschaft leben zu können.

Opferperspektive e.V.

SIE WERDEN DISKRIMINIERT?

WIR KOMMEN ZU IHNEN!

Die Opferperspektive betreut seit 1998 im Land Brandenburg Betroffene rechter Gewalt. Seit 2009 bietet die Organisation zusätzlich eine mobile Beratung für Menschen an, die rassistisch diskriminiert werden.

Haben Sie in Ihrem Alltag Diskriminierung erlebt? Bei der Wohnungssuche, bei Ämtern oder Behörden, in der Schule, im Bereich von Dienstleistungen, bei der Arbeitssuche, im Gesundheitssystem, im Freizeitbereich? Oder sind sie auf der Straße rassistisch beleidigt worden? Diskriminierung findet teils offen und direkt, manchmal aber auch indirekt statt. Wir bieten Ihnen in allen Fällen Beratung an. Wenn Sie Interesse haben, nehmen Sie Kontakt mit uns auf.

Setzen Sie sich gegen Diskriminierung zur Wehr. Gleichbehandlung ist Ihr Recht! Wenden Sie sich an uns. Wir kommen zu Ihnen. Wir unternehmen nichts gegen Ihren Willen. Die Beratung ist unabhängig von staatlichen Behörden. Ohne Ihr Einverständnis werden keine Informationen weitergegeben. Unser Angebot ist vertraulich und kostenlos.

Was wir für Sie tun können:

- Wir stehen auf Ihrer Seite und unterstützen Sie dabei, sich gegen Diskriminierung zu wehren. Wir klären mit Ihnen Ihre Situation und zeigen Ihnen Handlungsmöglichkeiten auf.
- Wenn Sie sich mit anderen Betroffenen vernetzen möchten, unterstützen wir Sie dabei.
- Auf Ihren Wunsch intervenieren wir in Diskriminierungsfällen.
- Setzen Sie sich im Fall einer Diskriminierung mit uns in Verbindung, damit wir dokumentieren können, was Ihnen passiert ist. Ihre Informationen behandeln wir vertraulich und anonym. Nur wenn das Ausmaß an Diskriminierung bekannt wird, kann sich etwas ändern.

Wenden Sie sich an:

Antidiskriminierungsberatung Brandenburg/Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
0331 8170000
antidiskriminierung@opferperspektive.de

ADRESSEN VON KONTAKT- UND BERATUNGSSTELLEN

ANTIDISKRIMINIERUNGSBERATUNGSSTELLEN

Landesstelle für Chancengleichheit – Brandenburg

im Büro der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg
Frau Doris Lemmermeier
Heinrich-Mann-Allee 103
14473 Potsdam
Telefon: 0331 8665954
Telefax: 0331 8665909
integrationsbeauftragte@masf.brandenburg.de
www.masf.brandenburg.de

Antidiskriminierungsberatung Brandenburg / Opferperspektive

Frau Nadja Hitzel-Abdelhamid und Herr Zülfukar Çetin
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001
antidiskriminierung@opferperspektive.de
www.antidiskriminierungsberatung-brandenburg.de

RAA Brandenburg

Demokratie und Integration Brandenburg
Benzstraße 11/12
14482 Potsdam
Telefon: 0331 747 80 0
Telefax: 0331 747 80 20
info@raa-brandenburg.de
www.raa-brandenburg.de

Eine Liste mit wichtigen Adressen und aktuellen Beratungsangeboten in Potsdam ist zu finden unter: www.potsdam.de → Potsdam Entdecken → Leben in Potsdam
Chancengleichheit → Beratung/Kontakt → Lesen → Migration & Integration

MIGRANTINNENORGANISATIONEN

Migrantenbeirat der Landeshauptstadt Potsdam

Friedrich-Ebert-Straße 79–81
14469 Potsdam
Telefon: 0331 2893346
Telefax: 0331 289843346
migrantenbeirat@rathaus.potsdam.de

Beauftragte für Migration und Integration der Landeshauptstadt Potsdam

Frau Magdolna Grasnack
Friedrich-Ebert-Straße 79–81
14469 Potsdam
Telefon: 0331 2891083
Telefax: 0331 2891082
magdolna.grasnack@rathaus.potsdam.de

GEWALTOPFERBERATUNGSSTELLEN

Opferperspektive

Beratungsstelle für Opfer rechter Gewalt
Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 8170000
Telefax: 0331 8170001
info@opferperspektive.de
www.opferperspektive.de

Opferhilfe Potsdam

Beratung und Hilfe für Opfer und Zeugen von Straftaten
Frau Rosmarie Priet
Jägerstraße 36
14467 Potsdam
Telefon: 0331 2802725
Telefax: 0331 6200750
potsdam@opferhilfe-brandenburg.de

MIGRATIONS- UND FLÜCHTLINGSBERATUNG

Beratungsfachdienst für MigrantInnen im Diakonischen Werk Potsdam

Rudolf-Breitscheid-Straße 64
14482 Potsdam
Telefon: 0331 2008381
Telefax: 0331 2008382
www.diakonie-potsdam.de

Flüchtlingsrat Brandenburg

Rudolf-Breitscheid-Straße 164
14482 Potsdam
Telefon: 0331 716499
Telefax: 0331 88715460
info@fluechtlingsrat-brandenburg.de
www.fluechtlingsrat-brandenburg.de

Ausländerseelsorgerin des Evangelischen Kirchenkreises Potsdam

Frau Monique Tinney
Schulstraße 8c
14482 Potsdam
Telefon: 0331 7046240
Telefax: 0331 7046275
auslaenderseelsorge@evkirchepotsdam.de



AKTIV GEGEN RECHTS

Lokaler Aktionsplan gegen Gewalt, Rechtsextremismus und Fremdenfeindlichkeit

Stadtverwaltung Potsdam
Geschäftsstelle Sicherheitskonferenz
Friedrich-Ebert-Straße 79-81
14469 Potsdam
Telefon: 0331 2893422
Telefax: 0331 2893430
siko@Rathaus.Potsdam.de

Mobiles Beratungsteam Potsdam

Brandenburgisches Institut für Gemeinwesenberatung
Am Kanal 49
14467 Potsdam
Telefon: 0331 5058883
Telefax: 0331 5058884
mbt-potsdam@big-demos.de



Opferperspektive e.V.

Rudolf-Breitscheid-Straße 164

14482 Potsdam

Telefon: 0331- 8170000

Telefax: 0331- 8170001

Email: info@opferperspektive.de

Internet: www.opferperspektive.de